

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Eric Hillinghaus, Berlin.
Telefon: Kurt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 6
Druckanschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abrechnung halbjährlich 4 Wochen vor dem Erscheinungstermin, wenn nicht anders vereinbart. K. Erscheinungsort für alle Zelle # Berlin.

Berlin, den 13. Februar 1932.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Schiebung! Schiebung!

Der Kandidat der Millionäre.

SPD. Der Mann auf der Strasse denkt einfach und deswegen richtig. Er hat deswegen die Versuche, Hitler die deutsche Staatsbürgerschaft auf Hintertreppwegen zu verschaffen, mit dem einfachen und volkstümlichen alles sagenden Wort: Schiebung bezeichnet. Herr Frick, der als thüringischer Minister an einem solchen Manöver beteiligt war, hat wegen des Ausdrucks Schiebung gegen eine Münchener Zeitung geklagt, indessen ist auf diese Klage von den noch amtierenden thüringischen Ministern eine sehr eindeutige Antwort erfolgt, aus der der Mann auf der Strasse wiederum ganz einfach und ganz richtig den Schluss ziehen wird: also doch Schiebung.

Es ist eine neue Schiebung im Gang. Da es in Thüringen nicht geklappt hat, soll nun ein ähnliches Manöver in Braunschweig durchgeführt werden, und zwar im Schnellzugtempo. Hitler soll Professor an der Technischen Hochschule in Braunschweig werden. Der Braunschweigische Minister Küchenthal hat sich bisher gegen solche Absichten verwahrt, umso klarer ist es, dass die Durchführung eines solchen Schrittes jetzt nichts anderes als eine Schiebung sein würde, als der Versuch einer Umgehung der Einbürgerungsvorschriften. Denn Hitler soll Professor werden, nicht weil er etwas kann, sondern weil er etwas anderes als Professor, nämlich deutscher Staatsbürger, werden will. Man wird uns hoffentlich nicht erzählen, dass Herr Hitler an der Technischen Hochschule in Braunschweig sehr interessante Kollegs halten könnte, so z.B. über die Innenarchitektur des Braunen Hauses, in deren Planung er sich sehr gründlich vertieft haben soll, über die Ausstattung der Treppen, der Tische und der Stühle! Hitler soll in Braunschweig Professor werden um Staatsbürger zu werden, und Staatsbürger will er werden, weil er Reichspräsident werden will. Es bedarf keinerlei Beweises, dass eine solche Manipulation nicht einer ernstlichen Erwerbung einer Beamteneigenschaft gleichkommen würde, dass sie vielmehr lediglich eine rechtsunwirksame Schiebung darstellen würde!

Hitler will als Gegenkandidat gegen Hindenburg auftreten. Seine Unterführer haben ihn glücklich so weit, dass er nicht mehr zurück kann, und sie haben bereits am Freitag und sonnabend die Wahlparole für ihn, und damit zugleich die Parole gegen Hindenburg ausgegeben. Sie haben freilich die Dinge so dargestellt, als wären sie noch in zwölfter Stunde bereit, für Hindenburg einzutreten, allerdings unter einer Voraussetzung, dass Hindenburg sich den Befehlen Hitlers, will sagen den Befehlen seiner Hintermänner, unterwirft. Die Wahl agitation der Nationalsozialisten ist bereits in Gang gesetzt worden, und ihr Charakter ist schon deutlich sichtbar. Wer nicht für sie ist, der wird als Feind des deutschen Volkes, als Mitglied einer Verrätergruppe, als Untermensch als Nichtdeutscher bezeichnet. Die ganze ekelhafte Hetze, die beim Young-Volksbegehren in Szene gesetzt worden ist, soll sich jetzt wiederholen! Diese Hetze richtet sich heute schon mit ihrer ganzen Gemeinheit zugleich gegen Hindenburg. Es ist nicht Wahlagitation, es ist vielmehr die Agitation einer Bür-

gerkriegspartei, die den Krieg im wahrsten Sinne des Wortes in das Volk tragen will.

Und wofür? Für wen? Die letzten Tage haben das wahre Wesen einer Kandidatur Hitler für die Reichspräsidentenschaft klar gezeigt. Er hat den beiden sozialen Gruppen, die der Hort der politischen und sozialen Reaktion in Deutschland sind, Zusagen gegeben, dass er ihre Interessen gegen das Volk wahrnehmen wolle. Er hat den Schwerindustriellen versprochen, dass er sich der antikapitalistischen Volksstimmung entgegenstellen wolle, und er hat den Grossagrariern gegenüber die Verpflichtung auf sich genommen, sein eigenes Programm mit Füßen zu treten, um die Interessen des ostelbischen Grossgrundbesitzes hochzuhalten. Eine Kandidatur Hitlers für die Reichspräsidentenschaft ist deshalb die Kandidatur der politischen und sozialen Reaktion. Sie stellt den letzten Versuch der sozialen Reaktion, des in sich zerrütteten Kapitalismus dar, mit Hilfe der faschistischen Diktatur sich zu behaupten gegenüber der in der Krise immer stärker hervortretenden antikapitalistischen Grundstimmung des Volkes.

Für wen will Hitler Reichspräsident werden? Für Deutschlands Millionäre! Dafür soll Hitlers S.A., seine Bürgerkriegstruppe marschieren! Dafür soll eine Propaganda der Beschimpfung der Mehrheit des deutschen Volkes mit dem Gelde der Scharfmacher geführt werden. Die Scharfmacher und die ostelbischen Grossagrariere werden sich, ebenso wie Hitler selbst, bei diesem Feldzug für die Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland, gründlich die Finger verbrennen!

SPD. Die Erklärung des Reichspräsidenten, in der er die ihm angetragene Kandidatur zur Reichspräsidentenschaft annimmt, ist fertig. Ihre Veröffentlichung wird jedoch nicht vor Montag erfolgen. Man erwartet, dass sich bis dahin der Kyffhäuserbund für die Wahl Hindenburgs entscheiden wird.

+ + +

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei veröffentlicht eine Erklärung, nach der sich die Deutsche Volkspartei für die Wahl Hindenburgs einsetzen werde.

Die Harzburger Front weiss trotz aller Beratungen immer noch nicht was sie positiv will. Wahrscheinlich kommt sie vor Mitte der Woche überhaupt nicht zu einer Entscheidung.

SPD. Eutin, 13. Februar (Eig. Drahtb.)

Wie "Reichsbannermorde" gemacht werden, beweist folgender Vorfall: In der Nähe von Ahrenshök kam es zwischen zwei Nationalsozialisten wegen eines Mädchens zu einem Streit, in dessen Verlauf der eine seinen Revolver zog und den anderen niederschoss. Um den Schwerverletzten kümmerte er sich dann nicht weiter. Als die SA später in Eutin einrückte, verbreitete sie das Gerücht, dass ein SA-Mann durch Revolverschüsse schwer verletzt worden sei. Nur den Nachforschungen des Reichsbanners ist es zu danken, dass der Vorfall aufgeklärt wurde und der Nazischwindel keine weitere Verbreitung fand.

SPD. Im Preussischen Landtag hat der sozialdemokratische Abgeordnete Kuttner (Soz) eine Kleine Anfrage eingebracht, in der er erklärt, es bürge sich in Strafprozessen gegen Nationalsozialisten immer mehr die Gepflogenheit ein, dass die Verteidiger ihnen unbequeme Belastungszeugen durch unerhörte Beleidigungen einzuschüchtern suchten, ohne dass eine entsprechende Abwehr des Gerichts erkennbar werde. Als Beispiel dafür werden der am 8. Februar durchgeführte Prozess gegen Studenten der Berliner Universität und der Halle

dorf-Prozess angeführt. Z.B. habe in dem Studentenprozess der Verteidiger einem republikanischen Studenten, der belastende Aussagen machte, zugerufen: "Belasten Sie sich ruhig weiter, Herr Zeuge! Diskreditieren Sie sich weiter als Denunziant!" Die Angeklagten zollten, wie die Anfrage ausführt, diesen Worten durch Trampeln Beifall. Der Vorsitzende schritt nicht ein. Welche Massnahmen, so wird gefragt, gedenkt das Staatsministerium zum Schutz wahrheitsgemäss aussagender Zeugen gegen ehrenkränkende Angriffe nationalsozialistischer Verteidiger zu treffen? Werden Verteidiger, die sich derartige Uebergriffe erlauben, der Anwaltskammer angezeigt?

SPD. Genf, 13. Februar (Eig. Drahtb.)

In der Generalaussprache der Abrüstungskonferenz nahm am Sonnabend der lettische Aussenminister Zarin den vorbereitenden Abrüstungsentwurf als Beratungsgrundlage an. Doch müsse er ergänzt werden durch ein System gegenseitiger Unterstützung, durch das Verbot der Herstellung und Anwendung chemischer und offensiver Kriegsmittel.

Apponyi-Ungarn verlangte die Einführung des moralischen Rechtes, da keine Nation die Steigerung ihres Glückes und Fortschritte durch die Unterdrückung anderer suchen dürfe, sondern nur durch Zusammenarbeit in Gerechtigkeit und Gleichheit. Davon ausgehend, verlangte er, dass der erste Schritt zur völligen Abrüstung in Etappen die Anwendung der gleichen Methoden und die Erfüllung der völligen Abrüstung enthalten müsse auf Grund des gleichen Rechtes aller auf Sicherheit. Die gewaltige Einschränkung der ungarischen Armee durch den Vertrag von Trianon sei dem natürlichen Recht der Verteidigung gegen Angriff entgegengesetzt. Wenn Ungarn bei allen Beratungen einzig von Artikel 8 des Völkerbündspaktes ausgehe, so sei das keine teilweise oder maskierte Revision des Friedensvertrages, sondern nur das Verlangen auf loyale Anwendung des Völkerbündspaktes. Zu einem gesicherten Frieden könne man niemals kommen, solange man juristische Ungleichheiten zwischen den Nationen aufrecht erhalte. Sobald die anderen Staaten Ungarns den augenblicklichen Abrüstungszustand für sich annehmen würden, seien Ungarns Sicherheiten nach Artikel 8 des Paktes gesichert und Ungarn sei zufriedengestellt.

Apponyi sprach sich dann noch für weitgehende Verständigung über jeden fühlbaren Schritt zur Abrüstung aus. Hierzu rechnet er in seiner Zusammenfassung auch die direkte Begrenzung von Truppenstärken und Kriegsmaterial, Verbot von Angriffswaffen und Kriegsflugzeugen.

Der chinesische Delegierte Yen erklärte, gerüstete Staaten verwechselten die Macht mit dem Recht, aus diesem entstehe dann gemeinsam der Imperialismus der jedes gute Einvernehmen der Völker zerstöre. China sei mit Frankreich einig, dass zur Herabsetzung der Rüstungen die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit, die rasche Bestimmung des Angreifers, der Wille zum gemeinsamen Vorgehen, sowie die Macht und der Mut gehöre zu Entscheidungen zu kommen, sobald die Tatsachen unbestritten seien. Das Vertrauen in den Völkerbund sei durch den mandschurischen Konflikt nur deshalb so schwer geschädigt worden, weil niemals ein gleicher Fall von Angriff und Verletzung des Paktes vorgelegen habe. China verlange weder Mitleid, noch bewaffneten Beistand von anderen Völkern, doch unbedingt die Einhaltung der feierlich gegebenen Verpflichtungen. Werde vom Völkerbund nichts für diese Einhaltung getan, so wisse China, dass es einzig auf die Auswertung seiner Verteidigungsmittel bedacht sein müsse. Erlaube die Konferenz, dass die brutale Gewalt des Militarismus den Frieden zerstöre, dann werde von der Antwort auf diese Frage der Erfolg oder Misserfolg der ganzen Konferenz abhängen.

SPD. Paris, 13. Februar (Eig. Drahtb.)

Der deutsche Botschafter von Hoesch hatte am Sonnabend mit dem Unterstaatssekretär für nationale Wirtschaft Gignoux eine Unterredung über die deutsch-französische Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiete. Die Besprechungen, die der Botschafter in den letzten Tagen mit französischen Ministern hatte, betrafen die Verhandlungen, die seit Bildung der deutsch-französischen Wirtschaftskommission zwischen verschiedenen Industrien der beiden Länder über einen gleichmässigeren Warenaustausch eingeleitet worden sind.

SPD. Der Hindenburg-Ausschuss teilt mit, dass sich bis Sonnabend-Abend 1 920 000 Personen für die Wiederwahl Hindenburgs ingezeichnet haben.

SPD. Paris, 13. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Zahl der behördlicherseits unterstützten Arbeitslosen beträgt in Frankreich nach der am 6. Februar abgeschlossenen Statistik 259 482 (209 283 Männer und 50 199 Frauen). Das bedeutet gegenüber der Vorwoche eine Zunahme um 17 995 Arbeitslose. Auf Paris und die Vororte entfallen 140 346 Arbeitslose.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt:

Der Reichsminister des Innern hat die Landesregierungen dahin verständigt, dass er dem Reichstag als Wahltag für die Reichspräsidentenwahl Sonntag den 13. März vorgeschlagen hat. In der Voraussetzung, dass der Reichstag diesen Vorschlag entsprechend beschliesst, hat der Reichsinnenminister die Landesregierungen gebeten, die Gemeindebehörden anzuweisen, mit der Anlegung der Stimmlisten und Nachprüfung der Stimmkarteien sofort zu beginnen.

SPD. Genf, 13. Februar (Eig. Drahtb.)

In der Sonnabend-Sitzung des Völkerbundsrats schilderte Staatssekretär von Bülow die Verletzungen des Memelstatuts durch die litauische Regierung. Der Rat fällt noch keine Entscheidung.

Die Reise des Präsidenten des Memeldirektoriums nach Berlin, Böttcher, so führte von Bülow aus - habe der Vertretung privater landwirtschaftlicher Interessen gegolten. Zwischen dem Gouverneur Merkys und dem Direktorium hätten schon lange keine vertrauensvollen Beziehungen bestanden. Böttcher sei schon lange missliebig gewesen und die an sich bedeutungslose Angelegenheit sei als willkommener Vorwand für eine politische Aktion benutzt worden. Die Bemühungen der deutschen Regierung und der Signatarmächte des Memelstatuts zu gütlichen Verhandlungen seien erfolglos geblieben. Die neuesten Massnahmen Litauens seien ein Glied in der langen Kette von Handlungen gegen die Memelbevölkerung seit Jahren. Ohne Grund stehe das Land seit Jahren unter Kriegszustand, die Sprech- und Versammlungsfreiheit seien beschränkt. Die memelländische Bevölkerung sei nach Sprache, Abstammung und Kultur deutsch. Das Memelstatut müsse wenigstens seinem Sinn und Zweck nach beobachtet werden. Der Völkerbundsrat müsse alle Massnahmen ergreifen, um den Rechtsbruch wieder gutzumachen.

Litauens Aussenminister Zaunius bestritt, dass Deutschland das Recht gehabt habe, den Rat anzurufen und sich über die besonderen Verhältnisse zu beklagen. In Memel herrscht absolute Ruhe. Jede andere Behauptung sei ohne Grund. Litauen bestreite Deutschland das Recht, die Diskussion auf die Politik Litauens im Memelgebiet auszudehnen. Die Verhandlungen Böttchers hätten

der Aufbesserung der Gehälter für memelländische Beamte durch Deutschland ge-
golten, das dauernd eine Erhaltung des deutschen Charakters im Memelland för-
dere. Seit Jahren würden Gelder gezahlt an Beamte. Ein Brief an den Präsidenten
des memelländischen Landtags sei den litauischen Behörden in die Hände gefal-
len. Er habe 10 000 Rentenmark enthalten: "Für den Zweck und die Personen,
die er kenne." Litauen habe also keinen politischen Zweck verfolgt mit der Ab-
setzung Böttchers, sondern nur seine Souveränität verteidigt. Gouverneur Merk
habe von der Mehrheit des Landtages einen Vorschlag für den Präsidenten des
Direktoriums erbeten. Die Verhandlungen gingen weiter und er hoffe auf ihren
Erfolg. Böttcher habe seine Befugnisse überschritten und das Memelstatut ver-
letzt, das ihm jede offizielle Tätigkeit ausserhalb des Memelgebietes ver-
bietet. Der Vertreter der Reichsregierung habe behauptet, das Memelland sei
deutsch. Er (Zaunius) stamme von dort. Sein Vater habe deutsch nur wenig, seine
Mutter gar nicht gekannt. Schon das beweise, dass das Memelland litauischen
Charakter habe. Litauen werde aufs genaueste die Verpflichtungen aus den Ver-
trägen achten, sich auch von keiner Provokation in seiner Haltung beirren las-
sen.

In seiner Replik widersprach von Bülow dem scheinbaren Rechtsstandpunkt
Litauens. Es sei kein Hochverrat, wenn memelländische Jugend an deutschen
Hochschulen studiere, da Litauen keine gleichen Einrichtungen habe. Die
10 000 Rentenmark seien für deutsche Kriegsinvaliden gewesen, die von Litauen
nichts bekämen. Dies und die Zahlungen an Beamte seien öffentlich bekannt
und mit Litauen vereinbart, sogar durch Verhandlungen und Notenaustausch. Die
Reise der Litauischen Mitglieder des Direktoriums 1927 nach Berlin und Königs-
berg auf öffentliche Kosten müssen genau so als Hochverrat beurteilt werden
wie die Reise Böttchers. Aber hier werde mit zweierlei Mass gemessen. Hätte er
gewusst, dass der Truppenaufmarsch in Memel bestritten würde, so hätte er
Photografien mitgebracht von den Panzerautos, die dieser Tage Memel durchfah-
ren haben. Er bestehe auf Massnahmen gegen den Rechtsbruch.

Zaunius erklärte, er habe nie von Hochverrat gesprochen. Wolle die "Deut-
sche Stiftung" die Kriegsbeschädigten bezahlen, so sei doch der beste Weg ge-
wesen, das Geld an die litauische Regierung zu senden. Er bestreite, dass das
aufgefangene Geld für diesen Zweck gewesen sei. Wie wolle man die Rechte Lita-
uens wahren, wenn man das Memelland Verhandlungen für sich allein mit anderen
Mächten führen liesse. Am Freitag noch habe er vom Gouverneur des Memellandes
die Versicherung erhalten und heute sei sie wiederholt worden, dass kein Soldat
mehr als gewöhnlich in Memel sei.

Colban-Norwegen schlug dem Rat vor, ein juristisches Kollegium mit der Ab-
fassung eines Berichts über den Streitfall zu beauftragen. Der Ratspräsident
fand diesen Vorschlag gut. Von Bülow erhob keinen Einspruch, verlangte aber
kürzeste Frist für den Bericht. Solange herrsche in Memel ein illegitimer Zu-
stand, da kein Direktorium eine Mehrheit im Landtag bekommen könne. Er bitte
den Rat, seinen Wunsch auszusprechen, ein provisorisches Direktorium aus der
Landtagsmehrheit zu bilden. Ohne diese Autorisierung könne kein Direktorium
gebildet werden. Zaunius lehnte diesen Vorschlag ab.

Der Berichterstatter versprach in kürzester Zeit einen Bericht, weshalb
er auf eine provisorische Regelung einstweilen nicht bestehe. Paul Boncour
schloss ab, er werde sofort die Juristen ernennen und der Rat hoffe, dass in-
zwischen in Litauen keine Erschwerung der Lage eintreten werde.

SPD. Der Reichsminister des Innern hat den Führern sämtlicher im Reichs-
tag vertretenen Parteien über die Fernhaltung der Parteipolitik von derwahl-
unmündigen Jugend ein längeres Schreiben zugehen lassen, dem wir folgendes
entnehmen:

"Die parteipolitische Gegensätzlichkeit hat sich bei der Jugend immer
mehr als Nährboden jugendfremden Hassgeistes und schwerer Untaten erwiesen,

Sogar die Ermordung Jugendlicher durch Jugendliche nur wegen parteipolitischer Gegensätze ist zu verzeichnen. Eine solche Tat hat erst in der letzten Zeit allgemeines Entsetzen hervorgerufen und die ernsteste Aufmerksamkeit auf den beklagenswerten Lauf der Dinge gelenkt. Erschreckender konnte der Entartungsprozess, der einen Teil unserer Jugend erfasst hat, der deutschen Allgemeinheit nicht vor Augen geführt werden. Dies muss allen zu denken geben, die für die Zukunft des deutschen Volkes infolge ihrer Stellung im öffentlichen Leben mitverantwortlich sind.

Soweit die Politisierung der Schuljugend in Betracht kommt, habe ich die-
ser Tage mit den Herren Kultusministern der deutschen Länder beraten, welche
Massnahmen geeignet erscheinen, die Parteipolitik von der Schule fernzuhalten.
Ich habe bei dieser Aussprache meinen schon früher erwogenen und durch die
neuerliche Verschärfung der Lage gereiften Entschluss bekundet, einen Appell
an die Führer der politischen Parteien zu richten, sie möchten angesichts der
auf dem Spiel stehenden Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes erwägen,
ob nicht ganz allgemein die parteipolitische Bearbeitung und Betätigung der
Jugend, die das Wahlalter noch nicht erreicht hat, eingestellt werden könnte.

Ich möchte hiermit meine Absicht verwirklichen und an Sie mit diesem
Appell herantreten, den ich gleichzeitig den anderen Parteiführern zuleite.
Es ist mir klar, dass angesichts der gesamten Verhältnisse der von mir angereg-
te Verzicht der Parteien auf die parteipolitische Bearbeitung der wahlunmün-
digen Jugend mancherlei Einwänden begegnen wird. Die rasche und besonders schwe-
re Verschlimmerung der Verhältnisse, die ich oben erwähnte, lässt aber nur
von einem radikalen Eingreifen eine Wendung zum Besseren in der m.E. verhäng-
nisvollen Entwicklung der Dinge erhoffen. Deshalb fühle ich mich zu meinem
Appell an Sie in meinem Gewissen berechtigt und verpflichtet. Ich bin über-
zeugt, dass die Führer aller Parteien die auch sie treffende Verantwortung
fühlen, die mit dem Gehenlassen der Dinge verbunden ist. Auf diese Ueberzeugung
gründe ich die Hoffnung, dass meine, von rein überparteilicher Ueberlö-
sung eingegebene Anregung bei Ihrer Partei eine gute Aufnahme findet. Es muss
nach meiner Ansicht allen am Herzen liegen, dass die Jugend mit Aufgeschlos-
senheit und, bei aller Begeisterung für die ihr vorschwebenden Ziele, doch
voll echter Menschlichkeit und tiefen Gerechtigkeitssinnes, voll ernstestren-
bens nach innerer Harmonie des Geistes und Charakters in die Mündigkeit ein-
tritt.

Das Ringen unseres Volkes um sein Recht und seine Freiheit wird auch die
Lebensaufgabe der heutigen Jugend sein. Sie wird dieser nationalen Aufgabe
nicht gewachsen sein, wenn sie nicht mit der Grundeinstellung, die ich eben
als notwendig bezeichnet habe, an das Werk herantritt, eine Grundeinstellung,
die mit der parteipolitischen Bearbeitung und Betätigung der Jugend, wie die
Erfahrung zeigt, jedenfalls unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht zu ver-
einbaren ist. Schon heute werden übrigens die künftigen Kräfte des deutschen
Volkes vom Auslande zu einem grossen Teil nach dem Bilde beurteilt, das
unsere Jugend, die kommende Vertreterin Deutschlands, in der Gegenwart dar-
bietet. So erscheint es mir auch vom aussenpolitischen Standpunkt aus dringend
empfehlenswert, dem parteipolitischen Wesen und Treiben der wahlunmündigen
Jugend, das nach dem heutigen Stand der Dinge nur ein zwieträchtiges, sich
in inneren Kämpfen verzehrendes Deutschland der Zukunft erwarten liesse,
ein Ende zu machen."

SPD. Genf, 13. Februar (Eig. Drahtb.)

Die chinesische Delegation hat dem Völkerbundsrat eine längere Erklärung
ihrer Regierung überreicht, in der die Schuldverhältnisse für den Angriff auf
die Mandschurei und auf Schanghai deutlich klargelegt werden. Am Schluss er-
klärt China nachdrücklichst, dass von nun ab sämtliche seiner Verteidigungs-
mittel rücksichtslos auf allen Fronten eingesetzt würden, um die Integrität
seines Territoriums mit allen Mitteln zu verteidigen.

SPD. Bukarest, 13. Februar (Eig. Dr.)

Die sibirische Kältewelle, die von Russland her über Rumänien eingebracht ist, hat in allen Teilen des Landes zahlreiche Opfer gefordert. Bei Vaslui in der Moldau gerieten vier Bauernwagen mit 9 Insassen in einen Schneesturm und verloren die Orientierung. Die Fuhrwerke irrten die halbe Nacht umher und wurden schliesslich hinter einem Abhänge, wo sie Schutz gesucht hatten, verweht. Als man sie am nächsten Morgen auffand, waren fünf Personen, darunter zwei Frauen und ein Kind, erfroren. Die übrigen halberstarrten Bauern hofft man noch retten zu können.

Auch aus Bessarabien und der Dobrudscha, wo die Kälte bis 32 Grad C. unter Null erreicht, werden zahlreiche Erfrierungsfälle gemeldet. Das Schwarze Meer ist längs der ganzen Küste eingefroren. Auch die Donau und ihre Kanäle sind vollkommen vereist.

SPD. Breslau, 13. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Redenhütte in Hindenburg wird demnächst stillgelegt. Gegenwärtig zählt die Belegschaft der Hütte noch 200 Mann gegenüber 700 Mann im Jahre 1929. Die Redenhütte gehört zu einer der am besten ausgestatteten Eisenhütten Westerschlesiens.

Die Schaffgotschen Werke haben 900 in der Hohenzollergrube bei Beuthen tätigen Arbeitern gekündigt. Da die Maldenbestände der Grube bereits auf fast 200 000 t angewachsen sind, sieht sich die Grubenverwaltung zu einer einschneidenden Verringerung der Förderung gezwungen.

SPD. Die Verhandlungen des Reichskommissars für Preisüberwachung mit dem Speditionsgewerbe haben zu folgendem Ergebnis geführt:

Die auf Grund der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 um 10 % gesenkten Tarife sind bei Rohstoffen, Kohle, Baumaterialien, Lebensmitteln um weitere 10 %, bei Halbfabrikaten um weitere 5 % zu senken. Eine weitere Senkung der Tarife wird nicht vorgenommen bei Fertigfabrikaten und Genussmitteln.

Die Prüfung der Düngemittelpreise der Dünger-Syndikate hat ergeben, dass für die laufende Düngesaison eine Preissenkung nicht erfolgen kann.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Aus aller Welt

13 Jahre Hausgefängnis.

Der Leidensweg einer Frau - Ein "Kulturbild" aus England.

SPD. London, Mitte Februar (Eig. Ber.)
Vor dem Gericht "Kings Bench=Division" in London wurde ein Fräulein Smith Mitarbeiterin an verschiedenen Missionsgesellschaften, "wegen 13-jähriger Freiheitsberaubung verbunden mit Strafkost und Zuweisung eines menschenunwürdigen Aufenthalts" dazu verurteilt, ihrer früheren Hausangestellten, die ihr Opfer war, eine Entschädigungssumme zu zahlen. Die Verhandlung vor dem Londoner Gericht lieferte erschütternde Beweise für den Missbrauch eines jungen Mädchens durch eine sogenannte "Wohltäterin", die nach aussen hin besonders gern ihr "Christentum" und ihre "Frömmigkeit" betonte.

Die Bekanntschaft aus der Sonntagsschule.

Fräulein Smith aus Oak Lawn opferte ihre ganze freie Zeit der Verbreitung ihrer religiösen Ideen, arbeitete an verschiedenen Missionsgesellschaften mit und organisierte die Sonntagsschulen in der Umgebung ihres Städtchens. Sie predigte sogar, und bei einer ihrer Predigten lernte sie ein armes zehnjähriges Mädchen kennen, dessen Vater schon lange tot war. Miss Smith schickte das Kind, es hiess Laura Turner, in eine Waisenanstalt nach Lewisham. Im Jahre 1913 wurde Laura Turner, die damals siebzehn Jahre alt war, als Hausmädchen bei Miss Smith angestellt. Allerdings wollte die "wohltätige Dame" keinen Lohn bezahlen, damit die Versicherungsbeiträge eingespart würden.

Eines Tages wurde in dem vierstöckigen Hause, das von dem frommen Fräulein zusammen mit einer Freundin bewohnt wurde, ein grösseres Geldstück vermisst. Miss Turner fand das Feld nach einer Stunde und wurde nun von den beiden alten Tanten des Diebstahls beschuldigt... Solche Szenen wiederholten sich, die Behandlung wurde immer unwürdiger. Schliesslich versuchte das Mädchen fortzulaufen, wurde aber gegen seinen Willen in einem Auto wieder zurückgeholt.

Das Heim im Holzverschlag.

Miss Smith steckte das junge Mädchen zunächst in eine Dachstube und später in einen Holzverschlag, der am Hause angebaut war. In dem Schuppen lagen noch alte Kisten, Flaschen und Tapetenrollen. Als Schlafstelle kam ein verbrochenes, eisernes Bettgestell hinein, mit ein paar alten Brettern als Matratze und lumpigen Kleidern als Bettzeug. In diesem elenden Stall musste das Mädchen über 13 Jahre "wohnen". Aber nicht genug damit wurde Laure Turner nach der täglichen Arbeit in dem Raume zwangsweise festgehalten. Das Fenster wurde versperrt und mit einem Stück Stoff zugehängt, damit die Gefangene nicht hinaussehen konnte. Im Winter wurde ihr weder Feuerung noch Licht zugestanden. So sass die Aermste in Kälte und Dunkelheit und versuchte sich ein Bild von der Aussenwelt zu machen, die für sie eine vollkommene Fremde war. Niemals durfte Laura Turner mit jemanden sprechen, niemals durfte sie Besuch empfangen. Oft wurde sie misshandelt, geschlagen und mit kaltem Wasser übergossen.

Der vergebliche Brief.

Nach all diesen Martern - man hatte ihr auch noch das Fleisch vom Essen entzogen, sodass sie fast nur von trockenem Brot lebte - versuchte Miss Turner im September 1928, als ihre Herrin in Ferien war, einen Brief an die Polizei in Scotland Yard - das Londoner Polizeipräsidium - zu schreiben. Sie steckte ihn ohne Marke in einen Briefkasten, weil sie kein Geld hatte. Es kam auch eine Antwort zurück, aber sie wurde ihr niemals ausgehändigt. Indes bekam Laura Tur-

ner als Strafe einen Monat lang das Tageslicht entzogen. Als man sie ausserdem noch mit der Auslieferung an eine Irrenanstalt bedrohte, unterschrieb sie einen Zettel, in dem sie wünschte, weiter bei Miss Smith zu bleiben. Erst als die Gepeinigete dann einen nervösen Zusammenbruch erlitt, kam sie in ein Krankenhaus und konnte darnach bei anderen Leuten eine menschenwürdige Stellung finden.

Miss Turner ist jetzt 36 Jahre alt. Nachdem sie ihre frühere "Beschützerin" verklagt hat, kamen alle die oben geschilderten, kaum glaublichen Zustände zur Sprache. Vom Juli 1916 bis November 1929, also über 13 Jahre, war Miss Turner die Sklavin einer von allen Seiten wohl beleumundeten, in christlicher "Wohltätigkeit" arbeitenden Herrin. Vor Gericht bequeme sich nunmehr Miss Smith die Falschheit ihrer Erziehungsmethoden einzugestehen und willigte ein, der in ihrem weiteren Lebenslauf schwer behinderten Frau eine Entschädigungssumme für alles erlittene Ungemach zu zahlen.

-r.

Devisenprozess. Vom Schnellrichter beim Schöffengericht Berlin-Mitte wurde der kürzlich wegen Vergehens gegen die Devisen-Notverordnung verhaftete Kaufmann Hugo Strauss zu 700 Mark Geldstrafe verurteilt; die Strafsumme brauchte jedoch im Hinblick auf die erlittene Untersuchungshaft nicht bezahlt zu werden. Der Antrag des Staatsanwalts lautete auf sechs Wochen Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe. Die Anklage legte dem Kaufmann Strauss zur Last, dass er Auslandszahlungen auf sein Schweizer Bankkonto habe leisten lassen. Der Beschuldigte führte zu seiner Verteidigung an, dass er sich krankheitshalber längere Zeit in der Schweiz aufgehalten und deshalb Devisengutschriften auf sein Baseler Konto benötigt hätte.

Spatzenkrieg. Der Magistrat von Budapest hat einen Vertreibungsfeldzug gegen Sperlinge organisiert, da in manchen Strassenzügen die Spatzenplage unerträglich gross sein soll. Trupps von Erwerbslosen marschieren in den Abendstunden durch die Reihen der besonders stark besetzten Bäume und schrecken die Tiere mit sechs Meter langen Stöcken auf. Ausserdem werden die Spatzen durch Platzpatronen vertrieben.

62 Prozent Analphabeten! Nach einer amerikanischen Statistik können 62 Prozent der auf dem Erdball lebenden über zehn Jahre alten Menschen weder lesen noch schreiben. In 18 Ländern sollen mehr als die Hälfte der Bewohner Analphabeten sein.

"Affen"-Theater. Als besondere Attraktion kündigte kürzlich ein Pariser Zirkus an, dass er Dutzende von Affen als "Platzanweiserinnen" dressiert hätte. In den Kreisen der Pariser Platzanweiserinnen herrscht heftige Empörung über diese eigenartige Methode, die Arbeitslosigkeit zu vergrössern.

Ein Tierschutzmuseum. In Berlin fand unter lebhafter Beteiligung zahlreicher Tierfreunde die Gründerversammlung für ein Tierschutzmuseum statt. Folgende Einteilung des Museums ist vorgesehen: Tierschutz und Religion, Tierschutz und Schule, Tierschutz und Philosophie, Tierschutz und Aberglauben, Tierschutz und Recht usw. Die Eröffnung des Tierschutzmuseums wird allerdings voraussichtlich erst im Jahre 1935 stattfinden können.

Bürgermeisterprozess. Vor der Potsdamer Strafkammer begann am Sonnabend auf mehrere Tage berechnete Revisionsprozess gegen den früheren Bürgermeister von Dahme, Wendland, der sich wegen falscher Anmeldung von Wertpapieren Althesitz zu Ungunsten des Deutschen Reiches und des Freistaates Anhalt be-

reits vor einigen Monaten vor der Potsdamer Strafkammer verantworten musste. Demals erfolgte Freispruch, gegen den von der Staatsanwaltschaft Revision eingelegt wurde. Das Reichsgericht gab dem Revisionsantrag statt und ordnete eine zweite Verhandlung an. Es sind 16 Zeugen und zwei Sachverständige geladen. Das Reich und der Freistaat Anhalt sollen durch Wendland nach der Meinung der Staatsanwaltschaft um etwa 180 bis 200 000 Mark geschädigt worden sein.

+ + +
Pfändung eines Wolkenkratzers! Gegen die Besitzer des 53 Stockwerke hohen Lincoln-Gebäudes in New York wurde von den Inhabern einer Hypothek in Höhe von 16 Millionen Dollar ein Pfändungsbefehl erwirkt. Die Besitzer des Wolkenkratzers schulden einen Zinsbetrag von $\frac{1}{2}$ Million Dollar.

+ + +
Gold aus der Donau? Ungarische Geologen haben eingehend das Bett der Donau auf Goldgehalt untersucht. Es wurde festgestellt, dass jeder Kubikmeter des Donaubeckens ungefähr ein halbes Gramm Gold enthält. Man hat errechnet, dass es möglich sein müsste, 20 Millionen Pengö Gold aus dem Flussbett herauszubaggern. Allerdings dürfte es schwer sein, das zur Durchführung dieser Arbeiten notwendige Kapital von einer Million Pengö in Ungarn selbst aufzutreiben. Finanzgruppen in London, New York und Boston sollen sich für die Gewinnung des Donaugoldes interessieren.

+ + +
Lawinenforschung. Professor Wilhelm Paulcke von der Karlsruher Technischen Hochschule hat am Eiger-Gletscher (Berner Oberland) und bei Hornisgrinde im Schwarzwald Naturlaboratorien für Schnee- und Lawinenforschung eingerichtet. Paulcke liess durch ein besonderes Lossäungsverfahren grosse "Schneewächten" von 5 bis 20 Tonnen Schneelawinen zum Absturz bringen und ihre Sturzeschwindigkeit und Bewegungsart beobachten. An aufgestellten Puppenmodellen wurde dann die Verschüttung von Menschen kontrolliert, um die verschiedenen Wirkungen der Lawinenarten festzustellen. Ausserdem ergaben mikroskopische Schneountersuchungen die Existenz des sehr lockeren und daher lawinengefährlichen "Schwimmschnees", einer bisher übersehenen Schneeart.

+ + +
Ein Rekordscheinwerfer. Der englische Fliegermajor Jack Savage konstruierte einen Scheinwerfer, der das stärkste Licht der Welt ausstrahlt. Die Leuchtkraft wird mit drei Millionen Kerzenstärke beziffert. Der Lichtstrahl des Scheinwerfers kann bis in eine Höhe von 5 Kilometern gesendet werden. Im Falle feindlicher Flugangriffe soll vor den Scheinwerfer eine Art Gitter angebracht werden, wodurch es möglich ist, ein in 16 kleine Vierecke aufteilbares Quadrat aufs Firmament zu werfen. Wenn ein Flugzeug diese so bezeichnete Fläche erreicht hat, können seine Höhe, Geschwindigkeit und Flugrichtung bestimmt werden.

+ + +
Zerstörter Buddhistentempel. Der Kwangschissu-Tempel, einer der ältesten und schönsten Tempel von Peking, wurde durch Feuer vollständig zerstört. Die Feuersbrunst, die durch das Herunterfallen eines brennenden Weihrauchstockes verursacht wurde, brach am 38. Tage einer 49-tägigen Gebetsandacht aus, durch die das Heiligtum gegen Naturkatastrophen geschützt werden sollte. Wertvolle Handschriften und kostbare Kunstwerke wurden ein Raub der Flammen.

+ + +
"Nur" 385 Millionäre. In England gibt es zurzeit nach den Berichten der englischen Steuerbehörden 385 Pfund-Millionäre, die insgesamt über 14 Milliarden Mark verfügen. Noch vor drei Jahren wurden in England fast 500 Millionäre mit einem Gesamtvermögen von 20 Millionen Mark gezählt.

Amerikas Krisenkampf.

(Kreditausweitung im Rahmen der Notendeckung.)

SPD. Der demokratische Senator Glass hat im Einverständnis mit dem nord-amerikanischen Präsidenten Hoover im Senat eine Vorlage eingebracht, wonach in die Notendeckung amerikanische Bundesanleihen eingerechnet werden dürfen.

Man hat diesen Schritt im Rahmen des grossen Kampfes zu betrachten, den die amerikanische Regierung seit Monaten gegen die Wirtschaftskrise führt. Dabei spielen politische Gesichtspunkte mit. Hoover war als Präsident der Prosperity und als Repräsentant des Glaubens an die ewige Dauer der guten Wirtschaftskonjunktur gewählt. Die Krise hat seine Popularität vernichtet. Im Herbst dieses Jahres finden aber in Nordamerika die Präsidentschaftswahlen statt. Es gibt also nur eine Rettungsmöglichkeit für Hoover: Er muss bis zum Sommer eine beachtlichen anfangserfolg im Kampfe gegen die Krise erringen.

Seit dem Sommer 1931 ist die Kreditkrise der schwerwiegendste Faktor in der allgemeinen Wirtschaftskrise geworden. Durch jede Wirtschaftskrise frieren kurzfristige Schulden ein. Auer eine derartige Vereisung des Kreditwesens wie in dieser Krise hat es wohl noch nie gegeben. Daher liegt heute die wichtigste Aufgabe in der Bekämpfung der Krise darin, Wege zu finden, die eingefrorenen Bankkredite aufzutauen. Angesichts der psychologischen Wirkungen muss dabei selbstverständlich ängstlich vermieden werden, solche Wege zu gehen, die die Währungs- und Vertrauenskrise noch verschärfen könnten. Das gilt insbesondere für die deutschen Verhältnisse.

Der Kampf Amerikas gegen die Vereisung der Kredite, die dort einen ungeheuren Umfang angenommen hat, vollzog sich in drei Etappen. Zunächst, im Herbst vorigen Jahres, wurde von den Banken selbst unter staatlicher Mitwirkung eine Art genossenschaftlicher Selbsthilfeorganisation ins Leben gerufen. Für diese Hilfsorganisation, die National Credit Corporation, wollen die Banken ein Kapital bis zu 500 Millionen Dollar zur Verfügung stellen. Das Kapital soll zum Ankauf von Effekten aus dem Besitz von Banken verwendet werden, die durch das Festfrieren von Krediten bewegungsunfähig geworden sind. Bis jetzt hat die National Credit Corporation 144 Millionen Dollar ausgeliehen, ein Betrag, der für amerikanische Verhältnisse sehr bescheiden ist.

Die zweite Etappe war die Gründung der Reconstruction Finance Corporation durch den Staat selbst, die Ende Januar 1932 erfolgt ist. Diese Organisation soll mit viel grösseren Mitteln arbeiten als die National Credit Corporation und ähnlichen, aber weiter gespannten Zwecken dienen. An Mitteln sollen ihr im Laufe der Zeit ein Aktienkapital von 500 Millionen Dollar und staatlich garantierte Schuldverschreibungen bis zu 1500 Millionen Dollar zur Verfügung gestellt werden. Die Kredite sollen nicht bloss an Banken gegeben werden, sondern auch an Eisenbahnen, Baugesellschaften, landwirtschaftliche Kreditorganisationen und Versicherungsgesellschaften. Die Leitung des Instituts liegt in der Hand höchster Regierungsbeamter. Präsident ist Dawes, der dem Dawesplan den Namen gegeben hat. Durch beide Massnahmen könnte also ein Kapital bis zu zehn Milliarden Mark in Bewegung gesetzt werden, aber nur in der Form der Umlagerung von Stellen, an denen es bis jetzt verwendet wurde - oder auch z.T. brach lag - auf andere Stellen. Hingegen würde das Kreditvolumen als solches unverändert bleiben, abgesehen von den Fällen, wo Aktien oder Schuldver-

schreibungen der Reconstruction Finance Corporation mit gehamstertem Geld gezeichnet werden.

Die dritte Etappe aber, die soeben besprochen wurde, will durch Anderung der Notendeckungsvorschriften den Kreditspielraum selbst erweitern. Die amerikanischen Deckungsbestimmungen waren bis jetzt ausserordentlich streng. Nicht weniger als 40 % der Banknoten und 35 % der Depositen bei den Notenbanken mussten in Gold gedeckt sein, der Rest der Banknoten in diskontfähigen Wechseln. Nun spielen in Amerika infolge der Eigenart des dortigen Banksystems, der strengen staatlichen Liquiditätsvorschriften für die Banken und der Zahlungsgewohnheiten die Depositen bei den Notenbanken eine viel grössere Rolle als bei uns. Ihre Höhe geht oft weit über die des Notenumlaufs hinaus. Berücksichtigt man weiter, dass infolge der Wirtschaftskrise das diskontfähige Material stark eingeschränkt, der Goldbestand der Notenbanken aber ausserordentlich gross ist, so kann man verstehen, dass die Banknoten und Depositen stark überdeckt sind. Ihre Gesamtdeckung beträgt jetzt über 67 %, die der Banknoten allein über 110 %. Trotz dieser ungeheuren Ueberdeckung der Banknoten müsste doch infolge der strengen Deckungsbestimmungen jeder Dollar, der in Gold etwa von Frankreich aus Amerika abgezogen wird, eine entsprechende Verringerung des Notenumlaufs nach sich ziehen.

Man kann angesichts dieser Situation begreifen, dass man sich endlich in Amerika dazu entschloss, die Deckungsvorschriften zu mildern: Für die Dauer eines Jahres soll den amerikanischen Notenbanken gestattet werden, amerikanische Bundesanleihen als Deckung für den Notenumlauf zu benutzen, offenbar, um damit den Banken, die mit eingefrorenen Krediten zu kämpfen, jedoch Staatspapiere in Besitz haben, beispringen zu können. Aber an der 40%igen Mindestdeckung der Banknoten in Gold soll selbstverständlich nicht gerüttelt werden.

Trotz Hoovers Drang, seine verlorene Popularität noch vor den Wahlen wiederzugewinnen, ist anzunehmen, dass die Notenbanken den erweiterten Spielraum für die Notenausgabe nur sehr vorsichtig und benutzsam ausnutzen werden. Dazu wird sich schon die Rücksicht auf die Stabilität der amerikanischen Währung nach aussen zwingen. Trotzdem bleibt es eine theoretische Streitfrage, ob man diese Erweiterung des Notenumlaufs als Inflation bezeichnen soll. Bisher war die Wissenschaft geneigt, zusätzliche Zahlungsmittel, die zur Ueberwindung einer ausgesprochenen Kreditkrise geschaffen wurden, nicht als Inflation zu bezeichnen. Unabhängig vom Streit der Theoretiker kann aber gesagt werden, dass eine vorsichtige Erweiterung des Kreditspielraums, wenn sie von Amerika oder von Frankreich - vorgenommen wird, zur Ueberwindung der Kredit- und Produktionsstarre beitragen kann. Nur für Deutschland ist dieser Weg unbeschreitbar, solange seine Währungs- und Devisenlage, objektiv wie psychologisch, so labil ist wie heute, und solange nicht die Länder mit grösserer Bewegungsfreiheit vorangegangen sind. Unter diesem Gesichtspunkt kann man den währungspolitischen Schritt, der jetzt von Amerika gewagt wurde, begrüßen, in der Hoffnung, dass seine belebenden Wirkungen, wenn sie sich auch nur in bescheidenen Grenzen halten dürften, sich doch in der ganzen Weltwirtschaft fühlbar machen werden.

Dr. Braunthal.

SPD. Das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherungen hat sich in der verflossenen Woche eingehend mit den Bausparkassen beschäftigt und, nach längerer Zeit vergeblichen Wartens und nachdem der vor kurzem tagende Beirat zum Thema nichts Wesentliches zu sagen wusste, sich auch wohl über die einzuschlagenden Schritte nicht einig war, Massnahmen eingeleitet, die dazu beitragen werden, die bestehende Unsicherheit zu beenden und die Bausparer vor Verlusten zu schützen.

In den Senatssitzungen des Reichsaufsichtsamtes ist man zu dem Ergebnis gekommen, folgenden Bausparkassen den Geschäftsbetrieb zu untersagen: Baubund

Fortuna e.G.m.b.H. in Frankfurt/Main, Allgemeine Bau- und Zwecksparkasse Gesellschaft m.b.H. in Dortmund, "Freies Heim" Bauspar-Aktiengesellschaft in Köln, Allgemeine Bausparkasse Gesellschaft m.b.H. in Köln. Beim Baubund Fortuna und bei der Allgemeinen Bau- und Zwecksparkasse ist weiter die Einsetzung eines Vermögensverwalters angeordnet worden. Die Massnahme stützt sich auf Paragraph 87 des Versicherungsaufsichtsgesetzes. Aufgrund des Paragraphen 88 desselben Gesetzes wird der Antrag auf Eröffnung des Konkurses für folgende Gesellschaften gestellt: Mitteldeutsche Bau- und Hypotheken-Sparkasse e.G. m.b.H. in Erfurt, "Ehag" Eigenheim- und Hypotheken-Aktiengesellschaft in Hamburg, "Hilfe" Allgemeine Bauspar- und Entschuldungskasse G.m.b.H. in Osnabrück, "Alemania" Bauspar- und Hypotheken-Entschuldungsgesellschaft m.b.H. in Berlin, Allgemeine Bauspar-, Eigenheim- und Wirtschaftsgemeinschaft e.G.m.b.H. in Köln. Bei der Deutschen Eigenheimgesellschaft Bausparkasse e.G.m.b.H. in Frankfurt/Main will der Senat die Möglichkeit einer Sanierung geben und hat deshalb aufgrund des Paragraphen 89 des Versicherungsaufsichtsgesetzes ein Zahlungsverbot erlassen. Weiter wurde verfügt, dass die "Deutsche Mittelstandshilfe" gemeinnützige Kreditgenossenschaft e.G.m.b.H. in Heide (Holstein) der Aufsicht unterliegt. Diese Massnahme stützt sich auf die Paragraphen 2, 93 Nr.1 in Verbindung mit Paragraph 112 Absatz 1 des Versicherungsaufsichtsgesetzes.

Die Entscheidungen sind natürlich noch nicht rechtskräftig. Dagegen haben die Massnahmen hinsichtlich der Konkursöffnung und der Einsetzung eines Vermögensverwalters keine aufschiebende Wirkung.

SPD. Die russische Konjunktur, die von den sowjetrussischen Drahtziehern immer noch als Propaganda für das russische System benutzt wird, beruht auf dem Aufbau einer nationalen Industrie. Man bezeichnet diesen Aufbau, der planmässig im ersten Fünfjahresplan festgelegt ist, wohl am besten als Rationalisierung. Möglich war dieser Aufbau durch Inanspruchnahme der ausländischen Kapitalmärkte und die russische Konjunktur ist damit nicht ein Ergebnis des Systems, sondern eine Folge von Auslandsanleihen. Die Dinge haben sich in Russland fast ähnlich so abgespielt wie in Deutschland, nur dass Deutschland die Anleihen in Devisen hereinnahm und sie später in der Hauptsache wohl in Rohstoffe umwandelte, während Russland die Kredithilfe des Auslandes in der Art in Anspruch nahm, dass die kapitalistischen Länder vor allem Industrieeinrichtungen, Maschinen, Apparate und schliesslich ganze Fabriken lieferten. Da Russland diese Lieferungen im Laufe von Jahren abzahlt, handelt es sich bei dem Import dieser Waren nach Russland um nichts anderes als um Kapitalhilfen, um Anleihen.

Die starke Anleihetätigkeit Russlands findet ihren Niederschlag in der russischen Handelsbilanz. Nach den Mitteilungen der sowjetrussischen Staatsbank entwickelte sich die Einfuhr nach Russland wie folgt:

	<u>Gesamteinfuhr</u>	<u>Einfuhr von elektrischen Maschinen, Apparaten, Metallwaren usw.:</u>	<u>Verhältnis der Maschinen- usw. Einfuhr zur Gesamteinfuhr:</u>
		(in Millionen Rubel)	
1926/27	713,6	224,4	31,4 Prozent
1927/28	945,5	336	35,4 "
1928/29	836,3	319,8	38,2 "
1929/30	1068,7	616,3	67,7 "
1. Vierteljahr 1931	251,2	179,1	71,3 "
2. " 1931	266,1	202	75,9 "

Die Zahlen sind sehr aufschlussreich. In dem Masse, wie der Anteil von Industrieeinrichtungen an der Gesamteinfuhr steigt, nehmen die von Russland in den kapitalistischen Ländern aufgenommenen Industriekredite zu. Der Anteil steigt von 31,4 Prozent im Wirtschaftsjahr 1926/27 bis zu 75,9 Prozent im zweiten Vierteljahr 1931. Das bezeichnet die Abwicklung des Fünfjahresplans.

der erst durch die Finanzhilfe der kapitalistischen Länder möglich wurde.

Ebenso aufschlussreich ist eine Aufstellung der russischen Staatsbank darüber, wo diese Anleihen aufgenommen worden sind. Hinsichtlich der Grösse der Anleihen steht Nordamerika an erster Stelle. Nordamerikas Maschinenlieferungen nach Russland steigen z.B. von 69 Millionen Rubel im Jahre 1929 auf 200 Millionen Rubel im Jahre 1930. Die Einfuhr Amerikas wird durch Traktorenlieferungen bestimmt. Sie machen im Jahre 1929 fast die Hälfte der amerikanischen Maschinenlieferungen nach Russland aus und im Jahre 1930, bei einer Verdreifachung der Einfuhrmenge, immer noch ein Drittel. Lässt man die Traktoren, für die ja Amerika infolge seiner eigenartigen Landwirtschaft, die auf Traktoren, Mährescher usw. angewiesen ist, weg, dann steht Deutschland an erster Stelle und zwar belief sich die Maschinen-usw-Lieferung Deutschlands nach Russland im Jahre 1929 auf 98 Millionen Rubel und 1930 auf 169,2 Millionen Rubel. England lieferte im Jahre 1929 für 21,5 Millionen Rubel und im Jahre 1930 für 33,2 Millionen Rubel.

Die kapitalistischen Länder haben die Kredithilfe für Russland mit der Verschärfung der Krise nicht durchhalten können. Nicht nur in Deutschland, sondern auch in Amerika ist man dazu übergegangen, die Kredite nach Russland zu beschneiden. Es ist kein Geheimnis, dass die Russen in den letzten Monaten in allen Ländern vergeblich versucht haben, Aufträge unterzubringen, d.h. weitere Kredite aufzunehmen. Die Russen haben daraus ihre Folgerungen gezogen und stellen im zweiten Fünfjahresplan die weitere Entwicklung ihrer Industrie auf verringerte Maschinenlieferungen d.h. auf stark verringerte ausländische Kredite ein. Damit ist Russland, das bisher für sich in Anspruch nahm, die Konjunkturinsel zu sein, in die internationale Wirtschaftskrise hereingedrängt worden. Für die notwendige Reorganisation und Besserung der europäischen Arbeitsmärkte ist das kein Vorteil. Gerade die Bilanzen deutscher Maschinenfabriken, die jetzt veröffentlicht werden, zeigen, wie stark die Lieferungen nach Russland den Arbeitsgrad bei ihnen begünstigt und verbessert haben.

SPD. Der Grosshandelspreis für Butter ist in den letzten Tagen sprunghaft in die Höhe gegangen und zwar hängt die Bewegung mit einer Veränderung auf den Auslandsmärkten zusammen, die ungefähr einsetzte, als man in Deutschland den Butterzoll, ganz unnötigerweise, wie sich jetzt herausstellt, erhöhte. Für den Berliner Markt ergeben sich folgende Preise:

	<u>Anfang Januar 1932</u>	<u>Mitte Januar 1932</u>	<u>Mitte Februar 1932</u>
	(pro Zentner in Reichsmark)		
I. Qualität	105	97	127
II. "	98	90	120
Abfallende Sorte	88	80	110

Bei der Preisentwicklung der Grosshandelspreise für Butter ist zu beobachten, dass die Preise um die Jahreswende im Zeichen einer zunehmenden Butterschwemme und infolge der Währungsverschlechterung in Dänemark weit unter Friedenspreis fielen. Deutschland trat dieser Preisverschlechterung durch eine starke Erhöhung des Butterzolles entgegen. Sicherlich beeinflusst die Zollerhöhung an sich die Berliner Notierungen, aber im Grunde genommen gehen die Preissteigerungen auf die veränderten Verhältnisse im Auslande zurück. Einmal sind unter Einfluss der Kältewelle die Butteranlieferungen sehr knapp geworden. Frankreich hat sich z.B. gezwungen gesehen, grössere Mengen im Auslande zuzukaufen, um seinen Bedarf decken zu können. Ähnliches wird von den belgischen Märkten berichtet. Andererseits nehmen die Importeure nach England grössere Mengen auf, da man damit rechnet, dass am 1. März bereits der zehnpromtente Wertzoll auch für Butter in Kraft tritt. Hauptlieferungsland für Butter ist aber Dänemark. Während die dänischen Exporteure in den letzten Monaten Stein und Bein über Mangel an Absatz klagten, können sie jetzt nicht genug Butter heranschaffen.

Das setzt sie in die Lage, die Notierungen fortwährend zu erhöhen. Diese Bewegung treibt natürlich auch die deutschen Butterpreise in die Höhe. Es ergibt sich die Möglichkeit, die erhöhten Zölle stärker auszunutzen als man vorher annahm. Es zeigt sich, dass man mit der neuen Zollerhöhung viel zu weit gegangen ist und dass man im Zeichen des überhöhten Zolles zu einer Butterknappheit und zu einer Butterteuerung kommen wird, die sich schädlich auf die deutschen Butterproduzenten auswirken muss. Denn in dem Masse, wie der Butterpreis weiter steigt, wird sich die Abwanderung von der Butter zur Margarine beschleunigen.

Von Interesse ist auch, dass gegenwärtig mehr Butter eingeführt wird als vor der Zollerhöhung. So wird berichtet, dass das Angebot sibirischer Butter, die weit billiger ist als die dänische Butter, von den deutschen Importeuren restlos aufgenommen wird.

Knappes Angebot.

(Berliner Getreidebörse vom 13. Febr.)

SPD. Die Stimmung an der Berliner Produktenbörse blieb am Sonnabend weiter fest. Bei äusserst knappem Angebot an Weizen zeigte sich wieder vermehrte Kauflust der rheinischen Mühlen, sodass sich am Lokomarkt Preiserhöhungen von 1 Mark ergaben. Am Roggenmarkt blieb die Lage unverändert. Das knappe Angebot an Inlandsware hielt an; jedoch wurden Preiserhöhungen hier nicht vorgenommen. Am Markte der Zeitgeschäfte gewann Weizen $1\frac{1}{2}$ bis 2 Mark. Roggen zeigte wenig Veränderungen. Dabei war das Geschäft lebhafter als an den Vortagen. Im Mehlhandel konnte sich nur kleines Geschäft entwickeln. Für Weizenmehl waren die Forderungen um 25 Pfennig erhöht, während Roggenmehl zu unveränderten Forderungen zur Verfügung stand. Am Hafermarkt war die Stimmung etwas freundlicher. Das Angebot war ausreichend; jedoch hielten sich die Käufer vielfach zurück, da die Preise zu hoch erschienen.

	12. Februar	13. Februar
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	244 - 246	245 - 247
Roggen	195 - 197	195 - 197
Braugerste	160 - 168	160 - 168
Futter- und Industrieroggen	153 - 157	153 - 157
Hafer	142 - 150	142 - 150
Weizenmehl	29,25-33,25	29,50-33,50
Roggenmehl	27,50-29,50	27,75-29,50
Weizenkleie	9,50- 9,90	9,60- 9,90
Roggenkleie	9,50- 9,90	9,60- 9,90

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März $256\frac{1}{2}$ -257, Mai 264-264 $\frac{1}{2}$ Geld. Roggen März $203\frac{1}{2}$ -203, Mai 210 $\frac{1}{2}$, Hafer März 157 Geld, Mai 162 $\frac{3}{4}$ bis 163.

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 13. Februar. Amtliche Notierung ab Erzeugung, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 127, II. 120, abfallende Sorten 110 RM. Tendenz: fest.



Vormarsch.

Die französischen Gewerkschaften in der Krise.

SPD. Die Weltwirtschaftskrise hat auch Frankreich nicht verschont, und die französischen Gewerkschaften haben infolgedessen zurzeit ebenfalls mit grossen Schwierigkeiten zu kämpfen. In der deutschen Presse ist jedoch in der jüngsten Zeit die Entwicklung der französischen Gewerkschaftsbewegung völlig falsch beurteilt worden. So war z.B. in bürgerlich-demokratischen Blättern davon die Rede, dass sich bei dem wichtigsten französischen Gewerkschaftsverband, der Confédération Générale du Travail (CGT), die Mitgliederzahl von 294 000 auf 200 000 vermindert habe und dass man in Frankreich befürchte, die radikale Arbeiterbewegung erhalte unter dem Druck der Krise Zulauf. In Wirklichkeit liegen die Dinge drüben umgekehrt, wie aus folgendem Bericht unseres Pariser Korrespondenten deutlich hervorgeht:

Auch Frankreich ist heute von der Arbeitslosigkeit befallen. Die Schrumpfung der Kaufkraft der Volksmassen, hervorgerufen vor allem durch die Folgen des Zollprotektionismus, durch die Preisinflation und die Senkung der Löhne, hat neben allgemeinen wirtschaftlichen Krisenerscheinungen eine fast ruckartige Verschlechterung der Wirtschaftslage hervorgerufen. Kein Wunder, wenn der Anstieg der Arbeitslosenziffer in einem Tempo vor sich ging, das man noch im Herbst nicht für möglich hielt. Die Krise auferlegt selbstverständlich den Gewerkschaftsverbänden die Pflicht, die Interessen und Rechte der Arbeiter mit noch grösserer Energie zu verteidigen und mit allen Mitteln zu versuchen, die Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozess einzugliedern. Diese Aufgabe ist in einem Land wie Frankreich, in dem der weitaus grösste Teil der Arbeiterschaft nicht organisiert ist, recht schwierig. Allein der grösste französische Gewerkschaftsverband, die Confédération Générale du Travail, hat sich - besonders in den letzten Jahren - eine Stellung zu schaffen verstanden, die viel mächtiger ist, als die Zahl seiner Mitglieder vermuten lässt. Das ist darauf zurückzuführen, dass auch die Mehrzahl der nichtorganisierten Arbeiter die Massnahmen und Beschlüsse des Verbandes ohne weiteres anerkennen. Dieser tritt daher in den Verhandlungen mit der Regierung und den Unternehmerverbänden als der ausschlaggebende Wortführer der Arbeiterschaft auf. Selbstverständlich musste in der gegenwärtigen Krise so manche Aktion der CGT gegen die Lohnsenkungsforderungen der Unternehmer erfolglos bleiben. Alle Misserfolge und Schwierigkeiten haben jedoch bisher keinen ungünstigen Einfluss auf die Entwicklung des Verbandes ausgeübt. Nicht einmal auf die Finanzen der CGT haben sie sich ausgewirkt, obgleich die Arbeitslosen von jeder Beitragspflicht entbunden sind. Der Grund dafür liegt in der beachtenswerten Tatsache, dass die Zahl der Mitglieder seit dem letzten Jahr sich bedeutend erhöht. Während Ende des vorigen Sommers etwas über 800 000 Arbeiter, Angestellte und Beamte der CGT angehörten, beträgt zurzeit die Mitgliederzahl rund 900 000. Dieser sehr beachtliche Zuwachs mitten in einer Krisenzeit ist in erster Linie auf die verstärkte Propaganda der Organisationen bei den nichtorganisierten Arbeitern, dann aber auch auf die Rückwanderung vieler Arbeiter aus dem kommunistischen Gewerkschaftsbund zurückzuführen.

Der Zuwachs an neuen Mitgliedern ist umso bemerkenswerter, als die Zugehörigkeit zur CGT keinerlei materielle Vorteile - z.B. bei Arbeitslosigkeit -

mit sich bringt. Die Confédération besitzt keine Unterstützungskasse und das gleiche ist bei den meisten Gewerkschaften, in die sich die Confédération nach den verschiedenen Industriezweigen gliedert, der Fall. Eine regelrechte Unterstützungskasse, aus der die Mitglieder bei Krankheit oder bei Arbeitslosigkeit geringe Beträge erhalten, besitzt eigentlich nur der Buchdruckerverband. Alle Unterstützungen, die bei längeren Streiks gezahlt werden, müssen daher durch Sammlungen aufgebracht werden. Diese Sammlungen zeitigen jedoch meistens überraschende Ergebnisse, was für ein starkes Solidaritätsgefühl Zeugnis ablegt. So wurden z.B. bei dem letzten grossen Textilstreik in Nordfrankreich durch Sammlungen nicht weniger als 3 Millionen Franken, d.h. 500 000 Mark aufgebracht.

Die Rückwanderung aus dem kommunistischen Gewerkschaftsbund hat in den letzten Monaten einen erstaunlichen Umfang angenommen. Den Anstoss dazu gab die vom letzten Kongress der CGT angenommene Entschliessung, worin alle Gewerkschaften und Föderationen aufgefordert wurden, noch mehr als bisher an der Schaffung einer Atmosphäre der Beruhigung und Wiederversöhnung zu arbeiten und keine Bedingungen für die Wiederaufnahme kommunistischer Gewerkschaftler zu stellen. Dieser Entschliessung war eine Erklärung Jouhaux' angefügt, worin der Vorstand der CGT zusagte, sich nicht der Einberufung eines Einigungskongresses zu widersetzen, wenn sich bei den kommunistischen Gewerkschaftlern der Wille zum Wiedereintritt in die CGT in genügendem Masse gezeigt habe. Selbstverständlich soll die Einigung nur im Rahmen der CGT durchgeführt werden, während die Kommunisten die Bildung eines neuen Gewerkschaftsbundes verlangen. Die Versöhnungsbereitschaft der CGT hat Tausende von Mitgliedern des kommunistischen Gewerkschaftsbundes, die die Vereinheitlichung der Arbeiterbewegung wünschen, veranlasst, wieder zu ihr zurückzukehren.

Die Einigungsbewegung setzte Mitte Dezember vorigen Jahres bei den staatlichen Eisenbahnern ein, von denen bereits über 70 Verbände die Einheitsfront gebildet haben. In vielen Orten schlossen sich dann die Postbeamten, die Bauhandwerker und die Erdarbeiter - besonders in der Pariser Gegend - der Bewegung an. In den letzten Tagen ist auch bei den Pariser Strassenbahnern und Autobusschaffnern eine Einigung zustande gekommen.

Der kommunistische Gewerkschaftsbund ist durch diese Rückwanderung stark geschwächt. Er wäre wahrscheinlich schon der Auflösung anheimgefallen, wenn nicht die Kommunistische Partei die Gewerkschaftsorganisationen für ihre politische Propaganda dringend brauchte. Der kommunistische Bund gibt die Zahl seiner Mitglieder mit etwa 230 000 an. Diese Zahl ist ohne Zweifel stark übertrieben; denn sie beruht auf der Zahl verkaufter Beitrittskarten, ohne Berücksichtigung der Austritte und des Umstandes, dass bei Lohnkonflikten wohl so mancher Arbeiter eine Beitrittskarte kauft, nachher aber keine Beiträge zahlt und also auch nicht als Mitglied angesehen werden kann. Jedenfalls ist - das hat sich z.B. bei dem Lohnkonflikt in der nordfranzösischen Grubenindustrie gezeigt - der Einfluss der kommunistischen Gewerkschaften enorm zurückgegangen. Sie können daher der Einigungsbewegung nicht mehr Widerstand leisten.

SPD. Die Hammerschaften haben es den Faschisten und ihren Freunden ange-tan. So schreibt die Zeitschrift der Volkskonservativen Vereinigung "Volkskonservative Stimmen" (Nr.6), die Aufmerksamkeit der für die öffentliche Sicherheit und Ordnung verantwortlichen Organe müsse einmal auf die Hammerschaften gelenkt werden. Entweder hätten die freien Gewerkschafter sich entschlossen, in diesen neuen Formationen entgegen ihren bisherigen Organisationsprinzipien betrieblich gegliederte Gruppen aufzustellen und damit der Betriebszellenorganisation der Kommunisten und Nationalsozialisten entgegenzuwirken, oder aber die Angelegenheit habe noch einen wesentlich ernstern Sinn. "Man kennt", so betont das Volkskonservative Organ, "die Bedeutung der Herr-

schaft über lebenswichtige Betriebe in weitestem Sinne für die Durchführung eines modernen Staatsstreichs. Sollten die Hammerschaften etwa der Grund sein, weshalb die Sozialdemokratie seit einiger Zeit so zuversichtlich verkündet, sie könne auch bei legaler Machtergreifung durch "Faschismus" das, was sie unter Republik versteht, retten? Sind die Hammerschaften, gerade herausgefragt, etwa Betriebsabotage-Gruppen für den Fall, dass die Tolerierung der Reichspolitik durch die Sozialdemokratie eines Tages so oder so ihr Ende findet?"

Gerade heraus lautet unsere Antwort: Einen Hammer braucht man zum Zuschlagen, und ganz gewiss werden die Hammerschaften ihren Hammer nicht auf die Köpfe legen, wenn Hitler den Versuch machen sollte, "ganz legal" den Gewerkschaften an die Kehle zu springen. Die Hammerschaften wissen ja genügend Bescheid über die "Legalität", mit der die Hitlerleute in dem Augenblick, wo sie zur Macht kommen, zu arbeiten gedenken. Die Hammerschaften werden den Herrschaften mit der gespaltenen Zunge, wenn sie glauben, unter Hohngelächter "ganz legal" die Gewerkschaften abzuwürgen, rechtzeitig aufs Maul schlagen.

SPD. Die Durchführung der Lohnsenkung soll eine amtliche Darstellung erfahren. Das Material hierfür ist vom Reichsarbeitsministerium bereits dem Statistischen Reichsamt überwiesen worden. Aus diesem Material geht, wie verlautet, hervor, dass die neue Verkürzung der Löhne mit einer "Disziplin" hingenommen worden sei, die "Bewunderung" verdiene. Sie sei ein Zeichen für die wirtschaftliche Vernunft, die trotz der politischen Verhetzung noch in weiten Kreisen der Bevölkerung so stark sei, dass die Lohnsenkungen in verhältnismässig kurzer Zeit hätten vorgenommen werden können.-

Diese Lobsprüche haben für den Arbeiter einen bitteren Beigeschmack. Was hilft es ihm, dass man ihm seine "Disziplin" lebend bescheinigt? Die Regierung sollte sich lieber an ihr Versprechen erinnern, dass durch Preissenkung ein gewisser Ausgleich für die Lohnsenkung hergestellt werde. Die Lohnsenkung ist da. Der Arbeiter hat Disziplin gehalten. Die Nichteinlösung gegebener Versprechen aber ist das Gegenteil von Disziplin.

SPD. Belgien muss mit Rücksicht auf seine kritische Finanzlage seine Ausgaben drosseln. Die Regierung plant eine Erhöhung der Steuern und eine Kürzung der Gehälter der Beamten, Professoren und Offiziere um 10 Prozent.

SPD. Die Perlen- und Glashütten im Fichtelgebirge liegen heute vollständig still. Sie kommen gegenüber der tschechischen Konkurrenz, die erheblich billiger arbeiten kann, nicht mehr auf.

SPD. Das italienische Korporationsministerium will eine Erhebung über die Bohnenentwicklung in den wichtigsten Industrien durchführen. Die Ergebnisse der Erhebung sollen in einer grösseren Denkschrift der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.
